

Zusammenhalt und neue Chancen. Politik fürs ganze Land. Zentrale Projekte aus dem SPD-Wahlprogrammwurf

Investieren gegen die Krise

(S. 91 f.)

Gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie muss der Staat mit aktiver Investitionstätigkeit vorgehen und dabei insbesondere die Kommunen und die Wirtschaft vor Ort stärken. Wichtig: Diese Vorschläge stehen **vorsorglich** im Programmwurf – die SPD macht sich dafür stark, diese Vorhaben schon 2020 mit einem weiteren Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen. Sachsen-Anhalt darf hier nicht hinter anderen Bundesländern zurückstehen.

Wir brauchen ein investives, teilweise kreditfinanziertes **Anti-Krisen-Paket** im Umfang von zwei Milliarden Euro, unter anderem für

- ein Investitionsprogramm für die **Krankenhauslandschaft** in Höhe von 600 Millionen Euro für die Jahre 2021 bis 2025
- eine Erhöhung der Investitionspauschale für die **Kommunen** auf jeweils 300 Millionen Euro in den Jahren 2021 bis 2023
- ein Investitionsprogramm für zusätzliche Investitionen in landeseigene **Infrastruktur** in Höhe von 200 Millionen Euro für 2021 und 2022
- ein Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro für **Schulen und Kindertagesstätten** für die Jahre 2023 bis 2025

Investitionen in nachhaltige Produktion und Energie

(S. 9 f.)

Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Maßstab setzt in immer stärkerem Maße den Einsatz erneuerbarer Energien, eine ressourcenschonende und emissionsarme Produktion, hohe Recyclingquoten und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe voraus. Automobilzulieferindustrie und chemische Industrie als Schlüsselindustrien unseres Landes sind dabei in besonderer Weise gefordert. Und Sachsen-Anhalt hat mit seiner hohen Quote der Erzeugung erneuerbare Energie, dem technologischen Know-how in Solarenergie und Windkraft sowie den aufwachsenden Kapazitäten in der Batterieproduktion gute Voraussetzungen, diesen technologischen Wandel mit zu gestalten. Wir wollen **keine Resterampe für den Einsatz fossiler Energien** und verbrauchsintensiver Produktionstechnik sein.

Unser Ziel ist eine **nachhaltig und verantwortlich wirtschaftende Industriegesellschaft**. Deshalb wollen wir Wirtschaftsförderung darauf ausrichten, die Ansiedlung von Betrieben zu unterstützen, die dieses Ziel in Sachsen-Anhalt voranbringen. Wir wollen

- den Fokus auf die Schaffung **geschlossener Stoffkreisläufe**, die Herstellung **klimaneutraler Produkte** und die Digitalisierung als Investitionsschwerpunkte legen
- eine **Forschungsstarthilfe** für Unternehmen in den Bereichen Klimaneutralität und CO₂-Reduzierung
- die Einrichtung eines vom Land finanzierten **Kompetenzzentrums** für die Autoindustrie zur Förderung der Erforschung von alternativen Antriebstechnologien wie Elektro- und Wasserstoffmobilität

Gutes Geld für gute Arbeit

(S. 12, 14, 67, 69)

Angesichts des immer noch bestehenden Lohngefälles zwischen Ost und West und der Tariffucht vieler Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist es die Aufgabe von Staat, Kommunen, öffentlichen und öffentlich geförderten Unternehmen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Deshalb brauchen wir

- das bislang von der CDU blockierte moderne **Vergabe- und Tariftreuegesetz**. Es muss sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten
- einen **Vergabemindestlohn von 13 Euro** für Bereiche ohne Tarifverträge
- die **Entgeltgleichheit** von Mann und Frau als Vergabekriterium im Gesetz
- keine Fördermittel für Unternehmen, die nachweislich **betriebliche Mitbestimmung behindern**

Wir stehen auch im Kulturbereich für soziale Gerechtigkeit! Wo der Staat Kulturfördermittel vergibt, muss es verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare geben. Es darf **keine Selbstausbeutung mit öffentlichen Mitteln** geben. Wir wollen eine tarifliche Bezahlung an allen Kultureinrichtungen.

Gesundheitspolitik: flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung

(S. 23, 25, 43, 93)

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unsere medizinische Infrastruktur einer der wichtigsten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Die SPD steht für eine **Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung** besonders auch **in ländlichen Regionen**.

Die Existenz von Krankenhäusern darf nicht von privaten Gewinninteressen abhängig sein. Der **Zwang zu Gewinnabfuhr und Profitmaximierung gefährdet den öffentlichen Versorgungsauftrag**. Die Übertragung kommunaler Krankenhäuser an private, gewinnorientierte Unternehmen, zu der sich viele Kommunen in der Vergangenheit gezwungen sahen, war ein Fehler. Die Krankenhausversorgung muss weiterhin vor allem durch öffentliche und gemeinnützige Träger abgesichert werden. Weitere Privatisierungen wollen wir verhindern. Wenn ein privater Krankenhausbetreiber die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellt, soll das Krankenhaus rekommunalisiert werden.

Deshalb brauchen wir

- eine deutliche Stärkung der ambulanten Versorgung im haus- und fachärztlichen Bereich. Dazu gehören auch Modelle, die sich an das **Konzept der Polikliniken** anlehnen
- eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung (ambulant und stationär). Dafür müssen die bundesrechtlichen Voraussetzungen so geändert werden, dass auch eine sektorenübergreifende Versorgung finanziert wird
- eine **Auflösung des Investitionsstaus** in den Krankenhäusern (siehe oben)
- finanzielle Unterstützung für Kommunen bei erforderlichen **Rekommunalisierungen**
- eine bundesweite Neuausrichtung des Vergütungssystems für Krankenhäuser. Das bestehende DRG-System mit Fallpauschalen führt zu Fehlanreizen und wirtschaftlichen Problemen in der Krankenhauslandschaft

Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Unikliniken oder der Salus lehnen wir ab. Wir werden beide Unikliniken als eigenständige Einrichtungen sichern. Beide Kliniken müssen

aber enger **mit den Krankenhäusern im Land kooperieren**, um die Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt noch besser zu machen. Wir wollen die **vollständige Kreditfähigkeit** der Uniklinika, um schnell durch Nutzung der derzeit günstigen Kreditzinsen zu modernen Kliniken zu kommen.

Für Demokratie, gegen Rassismus und Antisemitismus

(S. 15 f., 18 f., 46 f., 93)

Wir stehen für ein vielfältiges Land, das die freie Ausübung von Religion, Kultur und Lebensweise ermöglicht. Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrem ökonomischen Status willkommen fühlen. **Sachsen-Anhalt braucht mehr Zuwanderung**, um wirtschaftlich leistungsfähig und kulturell attraktiv zu bleiben. Voraussetzung dafür ist eine weltoffene Gesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stark macht.

Deshalb treten wir unter anderem ein für

- eine Reform des Grundgesetzes, bei der die Änderung der **Landesverfassung Sachsen-Anhalts als Vorbild** wirken kann: mit einer Klausel gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus, mit dem Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und vielen anderen fortschrittlichen Regelungen
- die Fortsetzung und Stärkung des **Landesprogramms** für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
- die Aufwertung der derzeitigen Ansprechperson für jüdisches Leben zu einer oder einem **Beauftragten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben**. Wir setzen uns für **landesweite jüdische Kulturtag** ein, um die Vielfalt der jüdischen Kultur zu bewerben
- das **kommunale Wahlrecht** für alle dauerhaft hier lebenden Menschen. Die politische Teilhabe würde ein starkes Signal der Zusammengehörigkeit senden

Schwerpunkt Bildung

(S. 29, S. 34-36)

Zugang zu Bildung für alle ist ein Hauptziel sozialdemokratischer Politik und nimmt im Programmwurf deshalb breiten Raum ein.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die **Beitragsfreiheit für den Ganztagsanspruch auf Bildung und Betreuung** verwirklichen. Frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Zukunftsinvestitionen für unsere Gesellschaft und wichtige Kriterien für die Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt.

In der Schulpolitik steht für uns das **längere gemeinsame Lernen** im Mittelpunkt, um allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die bestmöglichen Lern- und Bildungserfolge zu ermöglichen. Dafür brauchen wir die **Gemeinschaftsschule**, die sich als leistungsstarke und vor allem sozial gerechte Schulform etabliert hat. Wir werden **alle Entwicklungshemmnisse beseitigen**, die die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen verzögern oder aufhalten.

Zum längeren gemeinsamen Lernen gehört das Konzept der **Ganztagsschule**, denn Lernen braucht Zeit und Gemeinschaft. Wir wollen deshalb in einem ersten Schritt **Grundschulen und Horte zu Ganztagschulen zusammenführen**.

Wir brauchen eine **Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung**, um sie an die Bedürfnisse des ländlichen Raums anzupassen. Eine Anhebung der Mindestschülerzahlen wird von uns abgelehnt. Wir schließen keine Schule!

Wir treten außerdem ein für

- die **Rücknahme aller Kürzungen** der Stundenzuweisungen seit dem Schuljahr 2017/18 wie beispielsweise der „effizienzsteigernden Maßnahmen“ für die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen
- Wertschätzung für LehrerInnen, die mehr tun als ihre Pflichtstunden zu leisten. Wir werden zum System der **Abminderungsstunden** für besondere Tatbestände zurückkehren
- eine **gerechte Bezahlung** aller Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen durch eine gleiche Vergütung in der Stufe E13/A13 für alle Lehrkräfte

Klimaschutz wird in der Kommune Wirklichkeit

(S. 62-64)

Wenn die Energiewende Wirklichkeit werden soll, muss sie auch und gerade in den Kommunen unseres Landes stattfinden. Regionale und dezentrale Energieversorgung stehen für uns im Mittelpunkt, dabei spielen auch die Stadtwerke in unserem Land eine zentrale Rolle. Dafür müssen sich aber viele Bedingungen ändern:

- Klimaschutz ist für viele Kommunen bislang ein Randthema, weil es eine freiwillige Aufgabe ist. Wir werden Klimaschutz zur **Pflichtaufgabe für die Kommunen** machen und ein **Klimaschutzgesetz** für Sachsen-Anhalt anschieben
- Kommunen sollen endlich zugunsten einer regionalen und umweltfreundlichen Energieversorgung **wirtschaftlich tätig** sein dürfen. Dazu werden wir die Kommunalverfassung ändern
- Mit einem **professionellen Energiemanagement** können alle kommunalen Gebietskörperschaften bis zu zwanzig Prozent Betriebskosten sparen. Das ist nicht nur eine echte Chance für die zahlreichen finanzschwachen Kommunen im Land, sondern auch ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz
- Wir wollen in den Kommunen für den Klimaschutz mehr Grünflächen, Fassaden- und Dachbegrünungen ermöglichen

Nachhaltige Mobilität – für alle!

(S. 83 f.)

Keine Klimawende ohne Verkehrswende. Doch wer seinen Alltag ohne Auto meistern will oder meistern muss, braucht eine Alternative. Ökologisch vertretbare Mobilität darf **kein Privileg für Wohlhabende** sein. Deshalb brauchen wir flächendeckenden, barrierefreien, bezahlbaren und umweltgerechten öffentlichen Personennahverkehr sein. In Sachsen-Anhalt soll der ÖPNV **überall zur vollwertigen Alternative** werden. Wir wollen

- ein Förderprogramm für **flächendeckenden ÖPNV im ländlichen Raum**
- Modellprojekte für ein **365-Euro-Ticket**
- ein Verbot der Stilllegung von Bahnstrecken und die Suche nach Möglichkeiten der Reaktivierung alter Bahnstrecken

Gleichzeitig wird Radfahren immer beliebter – nicht nur in der Freizeit. Sachsen-Anhalt muss aber große Rückstände in der Infrastruktur aufholen. Wir brauchen

- ein **flächendeckendes Radwegenetz** an Landes- und Bundesstraßen, eine Modernisierung der vorhandenen Wege und die Umsetzung des Landesradverkehrsplans
- eine **verbindliche Kopplung** von Straßenausbau und Straßenbauförderung außerorts an den Bau von Radwegen. Acht Prozent der Straßenbaumittel sind für Radverkehr aufzuwenden
- ein Programm zur Förderung von **Radschnellwegen**
- eine Landeskampagne "Sachsen-Anhalt steigt auf!"

Digitalisierung für alle Lebensbereiche gestalten

(S. 21, S. 30 f., S. 37-40, S. 74-80)

Das Thema Digitalisierung zieht sich durch alle Teile des Programmentwurfs. Es geht längst um mehr als den Infrastrukturausbau; es geht um Gestaltung in allen Lebensbereichen.

Beispiel Schule: Jedes Kind muss ein mobiles Endgerät zur Verfügung haben, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Aber damit ist es nicht getan: Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen **verpflichtend medienpädagogisch aus- und fortgebildet werden**, um digitale Lerninhalte auch didaktisch aufbereiten zu können. Wir müssen die Professionalisierung der digitalen Schule einleiten. Dazu wollen wir **Digitalmentorinnen und -mentoren** an unseren Schulen anstellen.

Beispiel Jugendclubs: Häufig konnten die Angebote der Jugendclubs in den letzten Jahren mit den Veränderungen im Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen nicht mithalten und drohen den **Wettlauf mit den sozialen Medien** zu verlieren. Ein neuer Impuls für die Kinder- und Jugendarbeit ist nötig. Deshalb wollen wir ein Investitionsprogramm für Jugendclubs auflegen, mit dem Clubs modernisiert und mit digitalen Angeboten ausgestattet werden können.

Beispiel Verwaltung: Im Vergleich zu Handel, Medien und Kultur bleibt die öffentliche Verwaltung mit digitalen Angeboten weit zurück. Wir wollen eine umfassende digitale Verwaltung, in der bis 2022 **alle Verwaltungsdienstleistungen** von den Kommunen bis zum Land digital angeboten werden.

Beispiel Landwirtschaft: Gerade die Milchkanne braucht 5G! Denn die Digitalisierung der Landwirtschaft (**smart farming**) bietet Möglichkeiten für mehr nachhaltiges und umweltgerechtes Wirtschaften. Durch den Einsatz IT-unterstützter Techniken können Dünge- und Pflanzenschutzmittel gezielter, effizienter und damit umweltverträglicher ausgebracht werden. Deshalb brauchen wir einen Breitband- und 5G-Ausbau unabhängig von der Einwohnerzahl.

Beispiel SeniorInnenarbeit: Digitalisierung steckt voller Chancen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität Zugänge zu vielen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen oder zu erleichtern. Deshalb wollen wir ein Programm für die **digitale Teilhabe älterer Menschen**: zur Vernetzung von SeniorInnen, zur Unterstützung bei Beschaffung und Bedienung geeigneter Endgeräte, für mehr barrierefreie Angebote im Netz, für den Support eigener Social-Media-Accounts und vieles mehr.

Schlussfolgerungen aus Corona: Bevölkerungsschutz stärken!

(S. 58 f.)

Wir wissen, dass alte Risiken nicht verschwunden und **neue Bedrohungen**, ob durch weltweite Pandemien oder wegen der Klimaveränderungen, hinzugekommen sind. Was wir zu Beginn der Corona-Krise bei medizinischer Schutzausrüstung erlebt haben, war nicht neu und ist kein Problem, das auf den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz begrenzt ist. Nichts anderes hat sich früher bei der Verfügbarkeit von Sandsäcken in Hochwasserlagen gezeigt. Wir meinen: Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass sich das Land und andere Verantwortliche **für solche Krisenlagen rüsten**. Deshalb wollen wir

- den Aufbau einer **Landesreserve** für den Katastrophenschutz. Diese soll nach dem Vorbild anderer Bundesländer vom DRK verwaltet werden. Dort ist alles zu bevorraten, was in einer länger anhaltenden Krisenlage für die Durchhaltefähigkeit erforderlich ist
- ein Programm für **Investitionen in die Technik** der Katastrophenschutzbehörden, um der mit dem Klimawandel verbundenen Gefahr von häufigeren und intensiveren Naturkatastrophen (Hochwasser, Unwetter, Waldbrand und Dürre) zu begegnen
- die Ausstattung aller Landkreise und kreisfreien Städte mit leistungsfähigen Anlagen zur **Notstromversorgung**

Neue finanzielle Grundlagen für unsere Kommunen

(S. 82, 89)

Viele KommunalpolitikerInnen müssen erleben, dass die finanzielle Decke in ihrer Stadt oder Gemeinde oben und unten nicht reicht. Deshalb wollen wir die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land reformieren:

- durch eine **Aufstockung** der Finanzausgleichsmasse noch für 2021 pauschal auf 1,7 Milliarden Euro
- durch die jährliche **Anpassung an die Tarif- und Besoldungsentwicklung**, weil die Personalkosten der bestimmende Faktor für die Ausgaben der Kommunen sind
- durch Berücksichtigung der **Abschreibungen** in der doppelten Haushaltsführung bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes
- durch einen **Schutzschirm für soziale Infrastruktur**: Wir wollen die Einführung eines Mindestbetrags für die Bereithaltung freiwilliger sozialer Infrastruktur, der von Genehmigungs- und Konsolidierungsaufgaben der Kommunalaufsicht ausgenommen ist

Und: Wir wollen mehr Möglichkeiten für Stärkung des Engagements vor Ort durch **frei verfügbare Budgets und Entscheidungskompetenzen für Ortschaftsräte**.